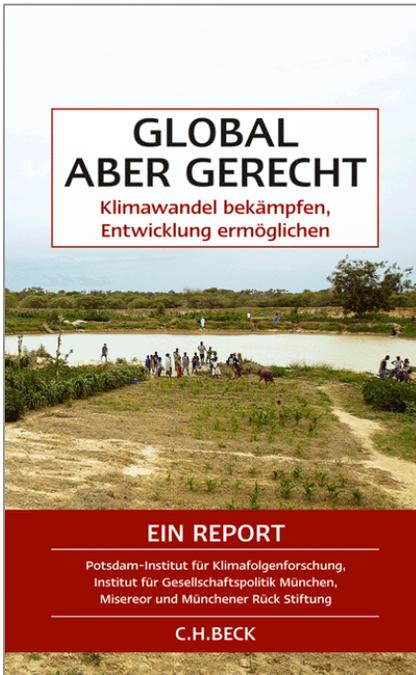


Unverkäufliche Leseprobe



**Ottmar Edenhofer, Johannes
Wallacher, Michael Reder und
Hermann Lotze-Campen (Hgg.)
Global aber gerecht**

Klimawandel bekämpfen, Entwicklung
ermöglichen

240 Seiten, Broschiert
ISBN: 978-3-406-60656-4

1. Global, aber gerecht: Klimaverträgliche Entwicklung für alle

1.1 Klima- und Entwicklungspolitik in der Sackgasse

Klima- wie Entwicklungspolitik befinden sich in einer Sackgasse. Die derzeitigen politischen Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft reichen nicht annähernd aus, um angemessene Antworten auf die großen aktuellen Herausforderungen zu geben. Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen im Dezember 2009 hat nicht den notwendigen Durchbruch gebracht. Das dort erhoffte globale Abkommen zur weltweiten Reduktion von Treibhausgasemissionen kam nicht zustande. Ebenso wenig gelang es, die Entwicklungsländer in ihrer Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel finanziell zu unterstützen. Es scheint so, als sei die Menschheit weiter denn je von einer solchen globalen Übereinkunft entfernt. Bei der Armutsbekämpfung gibt es begrenzte Fortschritte. Der Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung sank global, was vor allem auf Erfolge in Ostasien zurückzuführen ist. In vielen Entwicklungsländern, besonders in Sub-Sahara-Afrika, ist allerdings die Zahl der Armen, das heißt der Menschen, die mit weniger als 1,25 US-\$ pro Tag auskommen müssen, weiter gestiegen. Daher ist bereits jetzt absehbar, dass das in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen verkündete Ziel, den Anteil der Menschen, die weltweit unterhalb dieser Grenze leben müssen, bis 2015 zu halbieren, nicht überall zu erreichen sein wird. Dies hat das Vertrauen in die Wirksamkeit der UN-Beschlüsse erschüttert.

Die Krise der Klimapolitik der Vereinten Nationen wurde Anfang 2010 noch verschärft durch den Vorwurf, der Weltklimarat (IPCC) habe Teile seiner Ergebnisse manipuliert, um so die Folgen des Klimawandels zu dramatisieren. Auch wenn die Verfahren des Weltklimarates sicherlich verbesserungsbedürftig sind, so gibt es doch keinen Grund, diese zentralen Erkenntnisse anzuzweifeln: 1. Der Klimawandel wird hauptsächlich durch den Menschen verursacht, 2. ungebremster Klimawandel birgt hohe Risiken, 3. gefährlichen Klimawandel kann man vermeiden.

So unterschiedlich die Ursachen der großen globalen Herausforderungen, Klimawandel auf der einen und weltweite Armut auf der anderen Seite, auch sein mögen, so offenkundig sind inzwischen die vielfältigen Verknüpfungen. Die armen Menschen, Regionen und Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind jetzt und zukünftig besonders von seinen negativen Folgen betroffen. Sie haben zudem kaum Möglichkeiten, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen. Schon heute gefährdet der Klimawandel in einigen Regionen die Ernährungssicherheit, die

Wasserversorgung und die Gesundheit der Menschen und untergräbt damit die internationalen Bemühungen zur Armutsbekämpfung.

Klimaschutz ist zweifellos im ureigenen, zumindest längerfristigen Interesse der Entwicklungs- und Schwellenländer. Andererseits sind jedoch gerade sie auf ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum angewiesen, weil dieses eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Überwindung von Armut und Unterentwicklung ist. Dies zeigt das Dilemma, in dem die internationale Klimapolitik scheinbar gefangen ist. Einerseits gilt es einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, um nicht die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen aufs Spiel zu setzen. Andererseits werden die Entwicklungsländer kaum bereit sein, sich zu weniger Emissionen zu verpflichten, wenn dies ihren Spielraum für wirtschaftliche Entwicklung einschränkt.

Diesem Dilemma wird bislang nicht ausreichend Rechnung getragen, was eine der Ursachen ist, warum bisher keine wirklichen Fortschritte erzielt werden konnten. Häufig erschöpfen sich die politischen Ansätze in kurzatmigem Pragmatismus und in kurzfristigen Eigeninteressen. Denn selbst wenn es Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln gibt, lassen die oft technischen Debatten über Einzelmaßnahmen leicht den Blick für das größere Ganze vermissen.

Der globale Wandel des Klimas verlangt letztlich auch eine globale Kehrtwende, und zwar sowohl in der Analyse als auch in den Lösungskonzepten. Nur eine solche Wende kann die internationale Diskussion um Klimawandel und Armutsbekämpfung aus der bisherigen Sackgasse führen. Dazu braucht es eine Gesamtperspektive, welche die vielfältigen wechselseitigen Verknüpfungen zwischen Klimawandel und Entwicklungsfragen systematisch berücksichtigt, ethisch reflektiert und auf dieser Basis eine politische Perspektive eröffnet, wie man den Klimawandel bekämpfen und gleichzeitig Entwicklung für alle ermöglichen kann.

Dies verlangt ein interdisziplinäres Vorgehen, welches die naturwissenschaftlichen Ergebnisse über die Ursachen und Folgen des Klimawandels systematisch mit ökonomischen und politischen Analysen verbindet. Außerdem ist die Frage globaler Gerechtigkeit in diesem Kontext neu und angemessen zu stellen. Dies unterstreicht die Bedeutung einer ethischen Reflexion als Querschnittsaufgabe einer solchen Gesamtsicht. Die vorliegende Studie zielt darauf ab, unverzichtbare Eckpunkte eines solchen Gesamtpaketes aufzuzeigen, um den Blick für neue Wege zu öffnen, wie man Klimaschutz und Armutsbekämpfung wirksam, effizient und gerecht miteinander vereinbaren kann.

Also eine weitere gelehrte Studie, die zeigen soll, wie schwierig globale Probleme zu lösen sind? Vier auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Part-

ner haben sich zusammengefunden, um die Perspektiven und Zusammenhänge von Klimaschutz und Entwicklung zu betrachten. Von wissenschaftlicher Seite waren das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und das Institut für Gesellschaftspolitik in München (IGP) beteiligt. Auftraggeber und Projektpartner waren das Bischöfliche Hilfswerk Misereor und die Münchener Rück Stiftung. In diesem Projekt haben also Wissenschaftlerinnen, Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit und Experten aus der Versicherungswirtschaft zusammengearbeitet und auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse gemeinsame Positionen und Forderungen abgestimmt.

Gleichzeitig haben sie einen Dialog mit denen begonnen, um die es hier hauptsächlich geht – mit den Armen. Dieser vielfältige Austausch mit Partnern aus Entwicklungs- und Schwellenländern war für alle Beteiligten herausfordernd und sehr bereichernd. In vielen Fragen gelang es, ein gemeinsames Verständnis der Probleme und möglicher Lösungen zu erreichen. Aber nicht alles, was sich Wissenschaftler und Politikerinnen im reichen Norden zur Lösung globaler Probleme ausgedacht haben, ist bei den Armen auf Zustimmung gestoßen. Diese unterschiedlichen Sichtweisen können und sollen nicht harmonisiert werden. Die Infoboxen zu den Fallstudien und den insgesamt neun Dialogforen, die innerhalb des Projekts weltweit mit Partnern vor Ort durchgeführt wurden, spiegeln dies wider und können wichtige Zusammenhänge vertiefen und veranschaulichen.

Staaten und deren Regierungen allein können das notwendige Gesamtpaket nicht umsetzen, auch wenn sie ohne Zweifel die zentrale Rolle spielen. Es braucht weitere Akteure, die den notwendigen Wandel weltweit vorantreiben, angefangen von der Privatwirtschaft über die Zivilgesellschaft und die Religionen bis hin zur Wissenschaft und jeder einzelnen Bürgerin. Die Studie berücksichtigt daher bewusst auch solche Akteure des Wandels.

1.2 Das Risiko gefährlichen Klimawandels

Unstrittig ist inzwischen, dass der Klimawandel zum größten Teil durch den Menschen verursacht ist und die ersten Auswirkungen bereits zu spüren sind. Es ist ein großes Verdienst des Weltklimarates, dass er diese beiden Tatsachen herausgearbeitet hat. Verglichen mit dem vorindustriellen Niveau ist die globale Mitteltemperatur bereits um $0,8\text{ }^{\circ}\text{C}$ gestiegen, was insbesondere auf die Emission von Treibhausgasen, allen voran von Kohlendioxid (CO_2), aber auch von Methan (CH_4) und Lachgas (N_2O), zurückzuführen ist. Nahezu zwei Drittel der globalen Emissionen gehen auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe durch Industrie, Verkehr oder Privathaushalte zurück. Gut

30% sind Folge der Landwirtschaft sowie vor allem veränderter Formen der Landnutzung, etwa Palmölplantagen nach großflächigen Abholzungen.

Ein weiterer Anstieg der globalen Mitteltemperatur ist unausweichlich, zum einen weil Emissionen sehr lange in der Atmosphäre bleiben, zum anderen wegen der großen Zeitverzögerung, mit der das Klimasystem auf Emissionen reagiert. Selbst wenn die globale Konzentration der Treibhausgase auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisiert werden könnte, würde die globale Mitteltemperatur um mindestens zusätzliche $0,6\text{ }^{\circ}\text{C}$ ansteigen. Je nach dem Ausmaß der globalen Emissionen im 21. Jahrhundert rechnet der IPCC mit einer weiteren Erwärmung von $1,1\text{--}6,4\text{ }^{\circ}\text{C}$, wobei $1,8\text{--}4,0\text{ }^{\circ}\text{C}$ Erwärmung als wahrscheinlichstes Szenario gilt.

Naturwissenschaftliche Grundlagen des Klimawandels

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Emissionen von Treibhausgasen, ganz besonders von CO_2 , und der Temperatur auf der Erde. Emissionen von CO_2 , aber auch seine Aufnahme durch die Ozeane und die Biosphäre verändern die CO_2 -Konzentration der Atmosphäre. Höhere CO_2 -Konzentrationen verringern tendenziell die Wärmeabstrahlung von der Erde in den Weltraum. Damit steigt die Temperatur auf der Erde, was man als Treibhauseffekt bezeichnet, der schon 1824 entdeckt wurde. Der Zusammenhang zwischen höheren Emissionen und der Erhöhung der Temperatur wird in Klimamodellen über die so genannte Klimasensitivität vermittelt. Diese beschreibt den Temperaturanstieg bei einer Verdoppelung der CO_2 -Konzentration in der Atmosphäre.

In dieser Wirkungskette, angefangen von den Emissionen über die Veränderung der Wärmestrahlung bis hin zum Temperaturanstieg, gibt es allerdings einige Unsicherheiten. Darum lässt sich die Entwicklung der Temperatur nicht genau vorhersagen. Unsicher ist erstens, wie viel CO_2 der Ozean und die Biosphäre aufnehmen können und wie viel in der Atmosphäre verbleibt. Die zweite Unsicherheit besteht in der Abschätzung der Strahlungsbilanz. Modelle dazu werden beispielsweise aus der Analyse von tiefen Eisbohrungen (so genannten Eisbohrkernen) gewonnen. Diese Daten weisen gewisse Unsicherheiten auf. Auch die Schätzung der Temperaturveränderung durch die verringerte Strahlungsbilanz auf der Grundlage historischer Daten ist mit Unsicherheiten behaftet. Daher verwendet der IPCC mehrere Modelle, um die Bandbreite der Unsicherheit über den zukünftigen Temperaturanstieg abschätzen zu können.

Warum sollen wir uns über den Anstieg der globalen Mitteltemperatur Sorgen machen? Der Klimawandel wird Änderungen in den regionalen klimatischen Bedingungen verursachen, die eine Reihe schwerwiegender Folgen nach sich ziehen und als Trend bereits zu beobachten sind. Die Studie untersucht namentlich die Folgen für Wasserversorgung, Ernährungssicherheit und Küstenregionen genauer. Aus ethischer Sicht besonders bedenklich ist, dass die Klimaschäden weltweit höchst ungleich verteilt sind. Schon jetzt und in Zukunft noch mehr werden besonders diejenigen hart getroffen, die sich schlecht an diese Folgen anpassen können. Es sind die weltweit Armen, die in großer Zahl in geografisch stark gefährdeten Trockengebieten oder Küstenregionen leben und daher von Dürren oder einem steigenden Meeresspiegel, Überschwemmungen oder Wirbelstürmen bedroht sind. Solche Extremwetterereignisse sind in den letzten Jahren häufiger und intensiver geworden. Die damit verbundenen Schäden nehmen auch deshalb ständig zu, weil viele der besonders anfälligen Regionen immer dichter besiedelt sind.

Ist dann aber nicht die weltweite Armut das dringlichere und ethisch schwerwiegendere Problem? Sollte man also nicht erst einmal alle Anstrengungen auf die Armutsbekämpfung konzentrieren und die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren Länder stärken? Dieser Vorschlag kommt der Position nahe, die eine Gruppe einflussreicher Ökonomen rund um den Dänen Bjørn Lomborg medienwirksam vertritt. Im so genannten Kopenhagen-Konsens hat diese Gruppe auf der Basis klassischer Kosten-Nutzen-Analysen eine Prioritätenliste von Lösungsvorschlägen für die wichtigsten globalen Herausforderungen erarbeitet. Darauf taucht die Bekämpfung des Klimawandels durch zügige Minderungen der Emissionen an letzter Stelle auf. Vielmehr sollen die einzelnen Staaten und die Staatengemeinschaft ihre verfügbaren Mittel vorrangig in Projekte zur Bekämpfung von Unterernährung und Krankheiten, zur Förderung von Bildung und zur Stärkung von Frauen investieren, weil dies im Vergleich zur Emissionsminderung einen sehr viel höheren Nutzen bei vergleichsweise geringen Kosten hätte. Der Klimawandel lasse sich besser in der Zukunft lösen, weil Emissionsminderung heute zu teuer sei. Wenn man alle Mittel in die wirtschaftliche Entwicklung stecken würde, seien zukünftige Generationen in der Lage, sich zu niedrigeren Kosten an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Diese Sicht ist fragwürdig, weil sie Klimaschutz und Armutsbekämpfung in mehrerlei Hinsicht gegeneinander ausspielt. Sie vernachlässigt, dass der Klimawandel bereits heute die meisten mit Armut verbundenen Probleme verschärft, angefangen von der Ernährungssicherheit, Gesundheit und Wasserversorgung bis hin zur Migration. Ein ungebremsster Klimawandel würde die natürlichen Umweltbedingungen in bisher nicht gekannter Weise verändern. Denn diese Sichtweise unterschätzt großskalige Klima-

risiken wie die Versauerung der Ozeane, das Austrocknen der Regenwälder und die Veränderung der Monsundynamik. Solche nichtlinearen Rückkoppelungseffekte (vgl. 4.1) können gewaltige wirtschaftliche und soziale Verwerfungen hervorrufen, welche die negativen Wirkungen extrem erhöhen. Man stelle sich nur das Konfliktpotenzial vor, wenn als Folge des Klimawandels (z. B. Anstieg des Meeresspiegels) die Lebensgrundlagen vieler Menschen zerstört werden und dies gewaltige, auch grenzüberschreitende Migrationen auslöst.

All dies macht deutlich, wie wichtig es ist, den Klimawandel aus Gründen der Gerechtigkeit zwischen den Generationen auf ein Ausmaß zu begrenzen, dessen Folgen in Zukunft noch bewältigt werden können.

1.3 Das Risiko gefährlicher Emissionsminderung

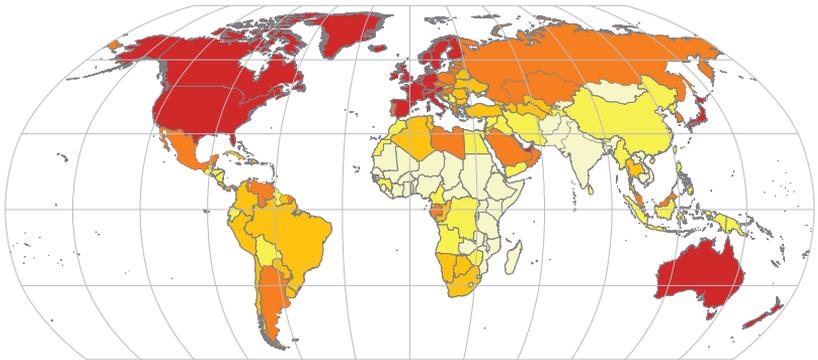
Einen gefährlichen Klimawandel durch wirksamen Klimaschutz zu vermeiden ist im Interesse aller Länder. Warum sind aber die Industrie- und auch die Schwellenländer bisher kaum bereit, ihre Emissionen zu mindern bzw. das Emissionswachstum zu begrenzen? Dafür gibt es im Fall der Schwellenländer Gründe, die durchaus nachvollziehbar sind. Der klimatische Nutzen von weniger Emissionen tritt erst nach mehreren Jahrzehnten ein, während gerade die Schwellenländer die notwendige wirtschaftliche Entwicklung möglichst schnell vorantreiben wollen. Sie befürchten daher nicht zu Unrecht, dass eine drastische Klimapolitik ihren Spielraum für Wirtschaftswachstum einschränken würde.

Historisch betrachtet ist wachsender Wohlstand bislang sehr eng mit hohen CO_2 -Emissionen verknüpft. Bereits Werner Sombart berichtet in seinem berühmten Werk zum Wesen des modernen Kapitalismus von 1928 von einem Gespräch mit dem Soziologen und Ökonomen Max Weber. Weber vertritt dabei die Ansicht, dass der Kapitalismus erst dann zu Ende gehen werde, «wenn die letzte Tonne Erz mit der letzten Tonne Kohle verhüttet sein wird». Der enge Zusammenhang zwischen Wohlstand und der Verbrennung fossiler Brennstoffe scheint sich also seit der Industrialisierung in das historische Gedächtnis der Menschheit eingebrannt zu haben. Ohne fossile Energieträger und als Folge davon hohe Treibhausgasemissionen kein Wohlstand!

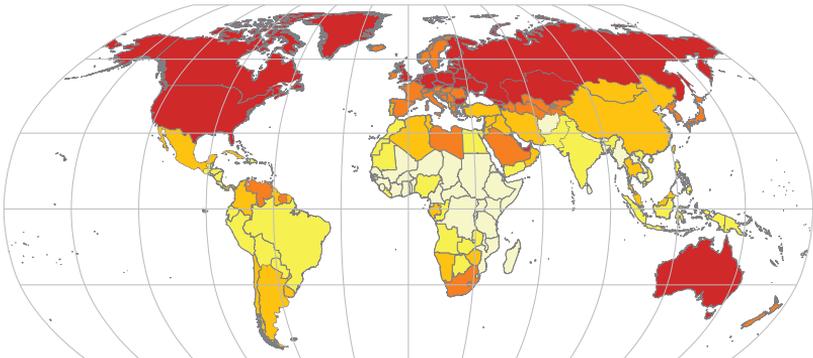
Dies lässt sich auch empirisch nachweisen. Alle Länder, die im Zuge der Industrialisierung zu Wohlstand gekommen sind und Massenarmut überwinden konnten, haben intensiv Kohle, Öl und Gas genutzt. Daher verzeichnen solche Länder in diesem Zeitraum auch hohe CO_2 -Emissionen pro Person. Umgekehrt verfügen die Länder mit niedrigen Emissionen pro Kopf in aller Regel über wenig Wohlstand und sind auch deshalb ungleich ver-

wundbarer gegenüber dem Klimawandel. Dies belegen Weltkarten, welche die Verteilung der Gesamtemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger von 1950 bis 2003 und den Kapitalbestand für 2003, jeweils pro Person, zeigen. Emissionen von Treibhausgasen aus veränderter Landnutzung in diesen Jahrzehnten haben dagegen keinen positiven Einfluss auf den Kapitalbestand. Allerdings haben viele heute wirtschaftlich starke Länder schon lange vor 1950 große Teile der ursprünglichen Wälder gerodet, um die Flächen landwirtschaftlich oder für andere Zwecke zu nutzen.

Originaldokument



Bestand an Produktionskapital pro Person
(US\$ im Jahr 2000, gemäß Devisenkurs)



CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und der Zementproduktion
(kg Kohlenstoff pro Person und Jahr gemittelt über 1950–2003)

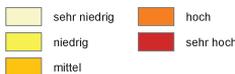


Abb. 1: Verteilung des globalen Vermögens pro Person für das Jahr 2000 und der historischen Emissionen für den Zeitraum von 1950–2003.

Eine ähnlich ungleiche Verteilung zeigt sich, wenn man als Wohlstandsindikator den *Human Development Index* verwendet, der Entwicklungsschritte aus einer Kombination von Lebenserwartung, Bildung und Kaufkraft bemisst.

Der enge Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und CO₂-Emissionen macht das bereits beschriebene Dilemma noch deutlicher: Einerseits erfordert Klimaschutz, der besonders den armen, stark betroffenen Ländern zugute kommen würde, eine deutliche globale Minderung der Emissionen. Andererseits sind die Länder des Südens auf wirtschaftliche Entwicklung angewiesen, um Armut wirksam bekämpfen zu können. Sie sind daher derzeit kaum bereit, sich zu eigenen Emissionsminderungen zu verpflichten.

Klimawandel als Erfahrung von Ungerechtigkeit

Nafisa D'Souza, Leiterin einer Nichtregierungsorganisation in Indien, die sich für die Rechte der Adivasi-Bevölkerung engagiert: «Es gibt eine starke Verbindung zwischen Armut, Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Ressourcen und dem Klimawandel. Im Zusammenhang mit der derzeitigen Diskussion über den Klimawandel erhält dies höhere Aufmerksamkeit. Der Klimawandel muss daher auch als eine Chance angesehen werden, tiefer gehende Fragen an das globale Entwicklungsmodell zu stellen.»

Mizan Khan, Professor an einer Universität in Bangladesch: «Es sind Menschen und nicht Regierungen, die ein Recht auf Entwicklung haben. Daher muss die Ungerechtigkeit innerhalb von Staaten genauso adressiert werden wie die Unterschiede zwischen Staaten.»

Anwara Begum Shelly, Caritas in Bangladesch: «Interessiert es jemanden, wenn Bangladesch versinkt?»

Es ist daher ethisch nicht zu rechtfertigen, von den Entwicklungsländern einen Verzicht auf Wirtschaftswachstum zu fordern, solange dieses Wachstum eine unverzichtbare Voraussetzung für den Kampf gegen Armut ist. Dies gilt umso mehr, als sie die Atmosphäre in der Vergangenheit – anders als die Industriestaaten – kaum belastet haben und die Pro-Kopf-Emissionen der Industrieländer nach wie vor deutlich höher sind als in allen Entwicklungs- und Schwellenländern, China und Indien eingeschlossen.

Umgekehrt ist allerdings auch eine nachholende Entwicklung aller Entwicklungs- und Schwellenländer nach dem Muster des energie- und emissionsintensiven Wirtschaftsmodells im Norden keine Lösung, weil dies einen ungebremsten Klimawandel mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur nach sich ziehen würde. Daher müssen auch diese Länder ihre Energie-

effizienz verbessern und möglichst schnell den Einstieg in eine kohlenstoffarme Energieversorgung finden.

Dieses Ziel scheint derzeit allerdings noch in weiter Ferne zu liegen, denn die Entwicklung verläuft faktisch eher in die gegenläufige Richtung. Seit dem Jahr 2000 ist die Wachstumsrate der Emissionen deutlich gestiegen. Die Kohlenstoffintensität des globalen Energiesystems ist ebenfalls erstmals seit 30 Jahren wieder deutlich gewachsen. Zu diesen Veränderungen kam es hauptsächlich durch das starke Wachstum der Weltwirtschaft, auch wenn es seit 2008 in Folge der Finanzkrise (kurzfristig) eingebrochen ist.

Besonders China, Indien und andere Schwellenländer durchlaufen eine kohlenstoffintensive Wachstumsphase, die zu einem rasanten Anstieg ihrer CO₂-Emissionen führt. Eine der wesentlichen Ursachen dafür ist, dass es seit einigen Jahren weltweit eine «Renaissance der Kohle» gibt. Der Verbrauch von Kohle hat sich 2001–2005 weltweit um fast 30 % erhöht, und sein Anteil an der Primärenergieversorgung stieg von 22,7 % auf 25,3 %. Gleichzeitig haben viele Industrienationen (wie etwa Kanada) Probleme, ihre in Kyoto zugesagten Reduktionsziele einzuhalten, oder sie verweigern sich diesem Ziel nach wie vor ganz wie die USA.

1.4 Eine Parabel als Wegweiser

Wie lassen sich vor diesem Hintergrund aber Klima- und Entwicklungspolitik zusammen denken? Voraussetzung dafür ist eine klimaverträgliche Entwicklung, und zwar sowohl im Norden wie im Süden. Als Wegweiser dazu eine Parabel.

In einer Wüste sind zehn Personen, die zusammen einen Wasserkanister haben, von dem bereits zwei Drittel der ursprünglichen Menge leer getrunken sind – und zwar mehrheitlich von drei der zehn Personen. Nun streiten die zehn heftig darüber, wie der verbliebene Rest gerecht aufzuteilen ist. Die genannten drei sind bestenfalls dazu bereit, die verbliebene Menge zu gleichen Teilen aufzuteilen. Die anderen sieben empfinden dies als ungerecht und fordern einen entsprechend höheren Anteil. Sie streiten und streiten und können sich auch nach längeren Debatten nicht einigen. Inzwischen ist so viel Zeit vergangen, dass die Wasservorräte schwinden, ohne dass es zu einer einvernehmlichen Lösung kommt.

Wäre es daher für alle zehn nicht besser, diesen Streit zu beenden und der Debatte eine neue Richtung zu geben? Wenn alle zu einer solchen Kehrtwende bereit wären, könnten sie sich darauf verständigen, gemeinsam einen Ausweg zu suchen und sich auf den Weg zu machen, um möglichst schnell die nächste Oase zu finden.

Rasch loszulaufen ist allerdings noch nicht ausreichend. Denn die beteiligten Akteure müssen sich auf ein gemeinsames Ziel verständigen, um unterwegs nicht die Orientierung zu verlieren. Dies setzt aber voraus, dass sie einander vertrauen und dass sie und besonders die sieben Schwächeren unter ihnen sicher sein können, dass alle dieses Ziel erreichen. Dazu müssen sie sich einigen, wie die Lasten gerecht aufgeteilt werden können.

Einen Ausweg aus dem beschriebenen Dilemma von gefährlichem Klimawandel und gefährlicher Emissionsreduzierung bietet die Perspektive eines emissionsfreien Energie- und Wirtschaftssystems. Denn dann müssten sich die beteiligten Akteure nicht mehr über die Verteilung eines knappen Emissionsbudgets streiten. Einzige Voraussetzung wäre, dass sie davon überzeugt sind, gemeinsam den Weg zur kohlenstofffreien Wirtschaft sicher und hinreichend schnell zu finden. Daher sollten sie sich dazu verpflichten, einen ihren jeweiligen Möglichkeiten entsprechenden Beitrag zu liefern, um dieses Ziel zu erreichen. Gleichzeitig müssen sie sicherstellen, dass bis dahin keiner unter zu starken Einschränkungen leiden wird.

Eine zügige Minderung der Emissionen ist jedoch nur eine notwendige und noch keine hinreichende Voraussetzung, um Klimaschutz und breitenwirksame Entwicklung miteinander zu vereinbaren. Selbst wenn man die weltweiten Emissionen sehr schnell absenken könnte, werden aufgrund bisheriger Emissionen unvermeidbar negative Klimafolgen auftreten, die als Trend schon deutlich zu beobachten sind und besonders die Armen treffen.

Daher reicht es nicht aus, die Frage einer gerechten Klimapolitik auf die Verteilung von knappen Emissionsrechten bzw. der Lasten des Übergangs hin zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft zu begrenzen. Denn dann würde man die Ziele mit den Mitteln verwechseln. Ebenso notwendig ist es, die Anpassung an die schon unvermeidbaren Folgen des Klimawandels zu berücksichtigen. Gleichzeitig muss man die Probleme weltweiter Armut, die auch unabhängig vom Klimawandel bestehen, weiter entschlossen angehen.

Dies ist dann möglich, wenn die gemeinsame Zielperspektive darin besteht, alle jetzigen und zukünftigen Menschen auch unter veränderten klimatischen Bedingungen zu befähigen, menschenwürdig leben zu können. Dazu müssen sich alle Beteiligten auf ein Gesamtpaket von Maßnahmen zur Emissionsminderung, zur Anpassung an den Klimawandel und zur Entwicklungspolitik verständigen. Notwendig ist eine politische Gesamtbeurteilung von Klimaschutz und Entwicklung, welche die Verschränkung von internationaler Klima- und Entwicklungspolitik gewährleistet und die damit verbundenen Gerechtigkeitsaspekte angemessen berücksichtigt. Eine solche Perspektive bietet ein Global Deal für Klima und Entwicklung, der folgende Maßnahmen miteinander verknüpft: a) Begrenzung und Handel von

CO₂-Emissionsrechten, b) nachhaltige Nutzung von Wäldern, c) Förderung und Austausch von klimaförderlichen Technologien, d) internationale Unterstützung zur Anpassung und e) Entwicklungspolitik.

Für eine gerechte Verteilung der damit verbundenen Lasten ist zunächst das Gesamtpaket in den Blick zu nehmen und nicht bloß einzelne Maßnahmen. Vermutlich wird es dennoch sinnvoll sein, die verschiedenen Beiträge weithin institutionell getrennt zu organisieren. Dies macht es aber umso wichtiger, die einzelnen Maßnahmen möglichst gut miteinander zu verknüpfen und aufeinander abzustimmen. Eine unerlässliche Voraussetzung dafür sind durchsetzungsfähige globale Institutionen und leistungsfähige institutionelle Rahmenbedingungen, gerade auch in den Entwicklungsländern. Denn ohne ein globales Abkommen ist das Klimaproblem nicht zu lösen. Leider sind die bisherigen Erfahrungen mit der Schaffung solcher Institutionen gerade nach dem Klimagipfel 2009 in Kopenhagen nicht ermutigend. Da es keine Weltregierung gibt, ist eine Lösung nur denkbar, wenn sich alle Staaten freiwillig verpflichten. Dies wird nur gelingen, wenn man sich auf gerechte Regeln der Lastenverteilung verständigen kann. Welchen Maßstäben sollen diese Regeln aber genügen?

Das entscheidende ethische Kriterium ist das der Kapazität. Um im Bild der Oase zu bleiben: Die drei von den zehn Personen, die schon den größeren Teil des Wassers getrunken haben, sind genau darum stärker und weniger verwundbar. Mit anderen Worten, sie verfügen über ungleich mehr Möglichkeiten und Fähigkeiten. Daher tragen sie eine besondere Verantwortung dafür, das Gesamtpaket zu schnüren und dafür zu sorgen, dass auch die Schwächeren den Weg zum angestrebten Ziel erreichen können. Diese Perspektive bietet im Kontext der Verknüpfung von Klima- und Entwicklungspolitik den Vorteil, nach vorne zu schauen, ohne sich in endlosen Debatten um die Vergangenheit zu verlieren. Da es faktisch aber einen klaren Zusammenhang zwischen Kapazität und historischen Emissionen gibt, schließt dieser Ansatz die Vergangenheit nicht einfach aus, sondern bezieht diese im Kriterium der Kapazität indirekt mit ein.

Ein solcher Global Deal für Klima und Entwicklung hat durchaus den Charakter einer Utopie, allerdings einer konkreten Utopie. Der Philosoph Ernst Bloch hat diese Kategorie in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus und in Abgrenzung von einer abstrakten Utopie eingeführt, um damit zu unterstreichen, dass eine solche Utopie konkret erreichbar und daher realistisch ist. Auch wenn sie nicht sofort und wohl auch nicht in allen Details zu verwirklichen sein wird, ist sie angesichts der gewaltigen Herausforderungen ohne Alternative. Es wäre schon viel erreicht, wenn man Schritt für Schritt die Weichen in die richtige Richtung stellen würde. Um dies politisch umzusetzen, bedarf es politischer Führungskraft und einer breiten

Allianz gesellschaftlicher Kräfte, die bereit sind, diese konkrete Utopie auch gegen vielfältige Widerstände mitzutragen und politisch einzufordern. Dies erfordert nichts weniger als «ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich», wie es bereits Max Weber vor 90 Jahren formuliert hat. Sich dieser Aufgabe zu entziehen käme einer Kapitulation gleich.

Originaldokument
© Verlag C.H.Beck